



öffentlich

Betreff:

Inklusionskonferenz Potsdam "Potsdam für Alle"

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 11.05.2011

Eingang 902:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 01.06.2011 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | X |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Spätherbst 2011 eine Inklusionskonferenz durchzuführen. Als Teilnehmer sind sämtliche Potsdamer Schulen, Kitas und Horte, die Mitglieder des JHA, des Ausschusses für Bildung und Sport, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, das MBS und das staatliche Schulamt einzuladen. Die Konferenz soll als Kick Off Veranstaltung zur langfristigen Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention Artikel 24 Bildung für alle Potsdamer Kitas, Horte und Schullendien. Dabei sind der Stand vom 01.01.2009 und der Ist-Zustand zu beschreiben.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende
B 90/Die Grünen

gez. Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> erledigt | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die UN hat der Bundesrepublik Deutschland mit der UN Menschenrechtskonvention einen Auftrag erteilt, den diese angenommen hat. Dieses kann im Hinblick auf den Art. 24 Bildung nur regional erfüllt werden. Die Landesregierung kommt den Auftrag mit der Einberufung von Regionalkonferenzen zur Inklusion im Mai 2011 nach. In Potsdam gibt es wenige staatliche Schulen die integrativ und noch weniger die inklusiv arbeiten. Durch eine frühe inklusive Arbeit in den Kitas werden präventiv wertvolle Wurzeln gelegt. Durch die Konferenz soll ein notwendiger Paradigmenwechsel gestartet werden, um die Sensibilität für das Thema zu stärken

Siehe hierzu auch Programm der difu-Tagung: „**Wertvolle Kinder-teure Alte!? – Demografischer Wandel + Inklusion in der Kommune der Zukunft**“).

Anlage im RIS hinterlegt